

Volkswacht

für Schlesien

den wichtigsten Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hirschstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Katholischstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. Preis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägergeld, monatlich 1,75 Rml. + 25 Pf. Trägergeld + 2,10 Rml. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,40 Rml.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis sonntags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition: Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückschickt, wenn Rückporto beiliegt

Die Revolte in der Berliner Nazizentrale

Blutige Schlägerei zwischen Nationalsozialisten in der Berliner Gauzentrale

Am nationalsozialistischen Beirätag von Berlin ist eine offene Revolte gegen die Führerschaft, insbesondere gegen Dr. Goebbels und den Gaugeschäftsführer Wille ausgebrochen. Diese Meuterei eine Minute vor der Entlassungsdurchsicht, wie man im Berliner Gau der NSDAP. gesagt haben soll, hat einen so gefährlichen Umfang angenommen, daß Adolf Hitler, nachdem er sich von Berlin entfernt hat, um die rebellierenden Unterthanen zur Raison zu bringen. In den letzten Tagen soll es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein. In einer Gruppe wurde Goebbels, der sich und seine Strohmannen gegen die Vorwürfe der Opposition rechtfertigen wollte, von mehreren Widerstrebenden niedergeschlagen.

Die Aufstandsbewegung der nationalsozialistischen Kerngruppen richtet sich vor allem gegen Wille, seinen Stellvertreter Mischow, den Hauptmann Stennes, den obersten Führer für Nordost-Deutschland und gegen Goebbels, den Nazi-Diktator von Berlin. Mit Empörung und Wut wird die Opposition auf das blutige Verhalten des Führers im Hindenburg-Prozess hingewiesen und besonders die Tatsache distinktiert, daß er sich wiederholt einen „abgewählten Führer“ nennen ließ, ohne zu flüchten. Die Beflagten sind die Mitglieder über die auffallend partielle Einziehung der Gaugeschäftsführerstelle die geradezu widerwärtige Behauptung, die die Mitglieder und Parteimitglieder auf der Gauversammlung erfahren. Herr Mischow soll sich ein besonders barisches und überhebliches Wesen seinen „gegenüber“ auszeichnen.

Im Verlauf einer Versammlung der Nationalsozialisten im Berliner Sportpalast kam es zur Revolution. In der Versammlung sollten neben dem Nazi-Minister Herr Goebbels sprechen. Die SA Berlin weigerte sich, Saalzugang für die Versammlung zu übernehmen und schickte Demonstranten zum Mittenberglplatz, wo sie Aufstellung nahmen, während die Sportpalast-Versammlung ohne Saalzugang blieb. Auf dem Mittenberglplatz kam es zu erregten Kundgebungen gegen Dr. Goebbels, dem „Gemeinheits-“ und „Vorgeworfene“ vorgeworfen wurde. Stürmische Rufe erschallen: „Goebbels soll herauskommen und sich rechtfertigen“, während andere riefen: „zum Sportpalast zu ziehen und den Goebbels-Rummel“ auseinanderprügeln. Später kam es vor dem Versammlungsort zwischen SA-Führern und der Knüppelgarde des Dr. Goebbels zu heftigen Zusammenstößen, wobei es auf beiden Seiten blutige Köpfe gab.

Die Berliner Gauleitung der NSDAP. soll durch die revolutionären Vorgänge in helle Verzweiflung gekommen sein. Man spricht u. a. davon, daß sich schon seit Tagen ein gefährlicher Widerstand der SA. gegen die aktive Parteiarbeit bemerkbar mache und die Leute sich weigern, für Dr. Goebbels zu arbeiten. Es heißt neuerdings, daß man die SA-Männer durch hohe Geldzuwendungen zu erweichen will.

Berlin, 1. September. (Eigener Fundbericht).

In der Nacht zum Sonntag versuchten etwa 30 Kämpfer der nationalsozialistischen Opposition die Räume der Berliner Gauleitung der nationalsozialistischen einzubringen. Die Anhänger der linken Richtung hatten erfahren, daß die Nationalsozialisten eine interne Sitzung abhielten, die sich bis in die frühen Morgenstunden ausdehnte. Es gelang den Oppositionellen, die Haustür zu den Räumen der Hitlerianer einzubringen und bis zu dem Versammlungsraum vorzudringen. Dort kam es zwischen den Parteifreunden zu einer heftigen Schlägerei. Der Lärm des Kampfes war so groß, daß Straßenpassanten das Polizeikommando alarmierten. Erst nach langem Ringen gelang es der Polizei, die freitenden Parteien zu trennen. Die 30 Kämpfer der linker Richtung wurden festgenommen. Zwei Teilnehmer an der Schlägerei wurden durch Messerstiche schwer verletzt.

Hitlers sonderbare Geldquellen

München, 30. August. (Eig. Drahtbericht.)
In einer Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei in Burghausen an der Salzach machte der Führer der bayerischen Nationalsozialisten einen verhängnisvollen Hinweis, der neues Licht auf Hitlers außerordentliche Geldquellen wirft. Als der Referent, der bayerische Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Raach, erklärte, die italienischen Faschisten von den deutschen National-

sozialisten gar nichts wissen wollen, sondern immer wieder in aller Öffentlichkeit die grundsätzlichen Unterschiede zwischen ihrer Politik und der Hitlers feststellen.

plakate der Naziführer Bogt mit den Worten heraus: „Ja, warum schickt uns denn Mussolini fünfzig Geld?“ Vor seiner Ueberführung nach Burghausen lebte Bogt jahrelang in einem Münchener Vortort und hatte oft Gelegenheit, Einblick in die Geschäfte der Hitlerzentrale zu bekommen. Hitler selbst hat vor wenigen Monaten im Schweizer Prozess wieder einmal beschworen, daß er niemals aus dem Auslande Geld erhalte oder angenommen habe. Er dürfte deshalb kaum darum herumkommen, sich zu der Behauptung seines Untergebenen möglichst rasch zu äußern.

Die schwer bloßgestellte Reichswehr

Die englische Presse über die Beziehungen der Reichswehr zur Roten Armee
London, 30. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland werden in England mit größtem Interesse verfolgt. In welchem Maße und mit welchen Gefühlen die Enthüllungen in der Öffentlichkeit betrachtet werden, zeigt der „Daily Herald“, der ihnen am Sonnabend die ganze Breite seiner Titelseite widmet. Selbst im Unterhaltungsteil der Boulevard-Presse wird davon gesprochen, und dies in einer Art, die alles andere, nur nicht günstig für Deutschland ist. Mit Hohn und Spott wird das Reichswehrministerium glossiert, das es nicht verstanden habe, die Lage gut im Saß zu verwahren.

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet seinem Blatt, er habe seit Jahren immer wieder in seinen Berichten auf die geheimen Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee hingewiesen, immer wieder habe aber das Reichswehrministerium die Veröffentlichungen dementiert. Zum Schluß hätten sie sich dann doch als wahr herausgestellt. In diesem Zusammenhang fragt der Korrespondent: „Wenn nach den Erklärungen des Reichswehrministeriums keine Abmachungen zwischen Reichswehr und Roter Armee bestehen, warum sind diese Abmachungen zu Ende gegangen?“ Deutsche Offiziere seien — so heißt es in dem Artikel des „Manchester Guardian“ weiter — manchmal sogar von ihren Familien begleitet, nach Moskau gegangen, wo sie in gesonderten Quartieren untergebracht gewesen wären. Die Deutschen seien mit besonderen Västen ausgestattet und sie hätten an den militärischen Übungen in der Fliegerschule in der Nähe von Moskau teilgenommen. Wenn das jetzt nicht mehr so wäre, fragt der „Manchester Guardian“, wann und wie hätte es auf? Und wann es aufgehört hat, was tat M. L. in Rußland? Das Blatt sagt schließlich, es werde die Zeit kommen, in der auch noch andere deutsch-russische Beziehungen erörtert werden müßten. Eine seltsame Tatsache sei es jedoch, daß in der ganzen Angelegenheit die kommunistische Presse stillschweigend bewahre. Hierdurch zeige sich die deutsche kommunistische Presse als ein ergebenes Instrument der russischen Außenpolitik.

Ein Berliner Montagsblatt teilt mit, daß sich ein Freund des in Rußland verunglückten ehemaligen deutschen Offiziers M. L. in der Person eines Oberleutnant Gerstenberg, der 1927 mit dem Charakter eines Rittmeisters aus der Reichswehr verabschiedet worden sei, zurzeit in Rußland befindet, um sich dort dem Flugwesen zu widmen.

Der Expräsident verhaftet

Lima, 30. August. (Eigener Drahtbericht.)
Der bisherige Präsident von Peru ist nach San Lorenzo ins Gefängnis transportiert worden. Am Sonnabend wurde u. a. auch ein amerikanischer Fliegeroffizier, der im Dienste des verhafteten Expräsidenten ein Fliegerkorps gegen die Bevölkerung geführt hatte, festgenommen. Er soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Auflösung des polnischen Parlaments

Neuwahlen erst im November — Einberufung des schlesischen Sejm

Warschau, 30. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der polnische Sejm und Senat sind am Sonnabend durch Dekret des Staatspräsidenten, das von Pilsudski als Ministerpräsidenten gegengezeichnet wurde, aufgelöst worden. Die Neuwahlen zum Sejm werden auf den 16. zum Senat auf den 23. November festgesetzt. Als Grund für die Auflösung des Parlaments heißt es in einer Erklärung des Staatspräsidenten, daß die wichtigste Aufgabe die Reform der gegenwärtigen Verfassung sei. Da aber die Verfassungsreform nicht mit Hilfe des jetzigen Parlaments hätte durchgeführt werden können, sei seine Auflösung notwendig gewesen.

Dem bevorstehenden Wahlkampf sieht man nach dem Ueberfall auf den oppositionellen Bauernführer Dombiski allgemein mit großer Besorgnis entgegen. Wahrscheinlich werden die Regierungsbehörden nichts unversucht lassen, um ihrem stark zusammengeschrumpften Anhang durch Terror zu einer starken Vertretung im Parlament zu verhelfen. Wie das „ABC“ am Sonnabend meldet, waren außer auf Dombiski noch mehrere Ueberfälle auf führende oppositionelle Abgeordnete geplant.

Der oberschlesische Sejm, der Ende Juni zwangsweise vom Staatspräsidenten verlagert worden war, ist am Sonn-

abend durch eine Verordnung zum 9. September einberufen worden.

Die Folgen von Schielers Zollpolitik

Agrarblat der osteuropäischen Staaten

Die osteuropäische Agrarkonferenz ist am Sonnabend ihr Ende.

Die wichtigste der einstimmig angenommenen Entschlüsse empfiehlt den beteiligten Staaten eine gegenseitige Bevorzugung der Agrarausfuhr über die Meistbegünstigungsklausel hinaus; ferner die Schaffung einer zentralen Exportorganisation. Außerdem sollen die Veterinäreinrichtungen der betreffenden Staaten vereinheitlicht werden. Eine Sonderkommission soll bis zum 10. November in Warschau einheitliche Bedingungen für die landwirtschaftlichen Zwischenkredite in Osteuropa ausarbeiten. Ferner wurde noch beschlossen, die Agrarkonferenz jährlich zu wiederholen.

Der rumänische Handelsminister Modzeanu sprach in seiner Schlussrede von einer neu geschaffenen „wirtschaftlichen Entente cordiale“, während der polnische Landwirtschaftsminister hervorhob, daß der Zusammenbruch der Teilnehmerstaaten keine politische Hegemonie im Auge habe.

Die Staatspartei findet die Reichsfarben wieder

Aber nur, weil sie von aufrechten Anhängern dazu gezwungen wird

Die Deutsche Staatspartei hat es bisher geflissentlich vermieden, in ihren Wahlversammlungen die schwarz-rot-goldene Fahne zu zeigen. Das hatte zur Folge, daß z. B. das Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners, Major Hauff, der für die Staatspartei zu den Reichstagswahlen kandidierte, in zwei Versammlungen eine schwarz-rot-goldene Fahne aus einem Koffer zog und erklärte, daß er nur reden werde, wenn die Fahne aufgehängt werde. Auch sonst hat das Verhalten der Deutschen Staatspartei gegenüber der Reichsverfassung in früheren demokratischen Kreisen großen Mißmut gegen diese Partei hervorgerufen. Jetzt hat sich die Staatspartei veranlaßt gesehen, einen sogenannten „Flaggenetrag“ an ihre Organisationen im Lande herauszugeben, in dem es heißt, daß für den Fall eines Ausschüdens von Versammlungsorten auch die Reichsfarben an „gehöriger Stelle“ gezeigt werden sollen. Ein „Erlaß“, der dem Zweiten Reichstagspartei ähnlich sieht. Herr Langenbräun, was sagen Sie dazu? Wollen Sie noch oft der Lüge überführt werden?

Wahlvorstand ohne Parteiabzeichen

Der Reichsminister des Innern hat eine Anfrage der sächsischen Regierung über das Tragen von Parteiabzeichen während des Wahldienstes in den amtlichen Wahllokalen dahin beantwortet, daß Parteiabzeichen von den Mitgliedern der Wahlvorstände nicht getragen werden sollen. Die Mitglieder des Abstimmungsorgans hätten, gleichviel, welcher politischen Partei sie angehörten, bei ihrer Amtsführung diejenigen Richtlinien zu nehmen, die durch ihre Stellung als Mitglieder eines staatlichen Organs bedingt seien. Sie hätten besonders parteiliche Kundgebungen zu vermeiden, die, wie z. B. sichtbare Tragen gewisser Abzeichen, geeignet seien, bei Andersdenkenden berechtigten Anstoß zu erregen. Der Abstimmungsleiter habe deshalb zur Vermeidung von Anzuträglichkeiten den Mitgliedern des Abstimmungsorgans, die mit parteipolitischen Abzeichen erscheinen, nahezu legen, das Abzeichen während der Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Abstimmungsorgans abzulegen. Werde diesem Ersuchen nicht entsprochen, so habe der Abstimmungsleiter den Befehl im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Abstimmungsabhandlung durch einen anderen Wähler zu erteilen.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung

Ein tibles Wahlmanöver

Kreisen des Baugewerksbundes wird uns unter folgendes geschrieben:

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung... Das Wohnungsbauprogramm...

Der Plan der Regierung... Das Schwergewicht der Bautätigkeit liegt ohnehin im Wohnungsbau...

Berliner Metallindustrie kündigt den Lohnstarif

Der Verband Berliner Metallindustrieller... kündigt den Lohnstarif...

den Angestellten sollen also die Arbeiter ankommen... Berliner Metallindustriellen einen Groß...

Berliner Metallarbeiter tut gut daran... die Arbeiter gegen den Vorstoß der...

Streik der niederländischen Flugzeugführer

Am Freitag sind bei der königlich niederländischen Luftschiffahrts-Gesellschaft sämtliche Flugzeugführer in den Streik getreten.

Die Ursache des Streiks liegt in der Bezahlung der 15.000-Kilometer-Flüge Amsterdam-Batavia... Die Streikenden rechnen mit einem längeren und schweren Kampf.

Amsterdam, 30. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die königlich niederländische Luftschiffahrts-Gesellschaft hat am Sonnabend die in den Streik getretenen 17 Piloten erzwungen, die Flugschiffe wieder zu betreiben.

Organisiert Euch!

Newyork, 1. September. (Eig. Funkbericht.)

Der Gewerkschaftsbund betonte in einem Aufruf an die amerikanischen Arbeiter, daß angesichts der Wirtschaftskrise...

Aufruf der Metallarbeiter-Internationale

Kopenhagen, 30. August. (Eigener Drahtbericht.)

Der Kopenhagener Internationale Metallarbeiter-Kongress hat vor Schluß seiner Tagung folgenden Kampfruf zur Sammlung der Kräfte an die Metallarbeiter der Welt gerichtet:

Wir rufen deshalb Euch allen zu: Laßt uns den Gedanken der internationalen Solidarität überall pflegen und verbreiten!

Die Lage der Textilindustrie

Uneinheitliche Entwicklung - Arbeiterentlassungen und Überstundenarbeit

Die gegenwärtige unbefriedigende Lage in der Textilindustrie ist sicherlich nur ein Ausdruck dafür, daß einige Millionen Menschen in Deutschland vom Fluch der Arbeitslosigkeit befreit sind...

Die Entwicklung in der Textilindustrie hat sich durchaus uneinheitlich vollzogen... Die Arbeiterentlassungen halten zurzeit immer noch an...

Wenn Arbeiter nicht organisiert sind

Dann macht der Unternehmer mit ihnen was er will

Die Unternehmer machen von ihrer Machtposition brutal Gebrauch...

Die Firma Fischer, die eine Ziegelei in Landsberg betreibt, beschäftigt bei guter Konjunktur 100 Arbeiter...

Rechnlich liegen die Dinge bei der Ziegelei Honig, die sich u. a. weigert, das tarifliche Werkzeuggeld zu zahlen...

Die Arbeiter müssen erkennen, daß nur eine geschlossene und schlagkräftige Organisation gegen die Übergriffe des Unternehmers etwas ausrichten kann...

Der deutsche Zementabtrag ist auch im Juli ungünstig geblieben...

Heut Beginn des britischen Gewerkschaftskongresses

Nottingham, 1. September. (Eigener Funkbericht.)

Der diesjährige britische Gewerkschaftskongress wird heute vormittag in Nottingham eröffnet...

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Das Wahl-Manifest der Sozialdemokratie

Löbes Anfragen an Brüning

Genosse Löbe in einer Wahlenwahlversammlung im Sirkus Busch vor seinen Wählern — Der Führer der Sozialdemokratie über den Aufmarsch der Parteien und die Politik der Brüning-Regierung

Heinliche Fragen an den Reichsfinanzminister

Wie stets vor den Wahlen, so sprach auch diesmal Genosse Löbe, der Spitzenkandidat des mittelschlesischen Wahlbezirks, vor seinen Wählern. Auch diesmal ein Ansturm auf Kassen und Stühle, der bereits eine Stunde vor Beginn stark einsetzte. In allen Stadtteilen kamen unsere Genossen anmarschiert, aus allen Lagern waren Gegner zur Stelle. Noch ehe die Versammlung beginnen konnte, war das weite Sirkusgebäude dicht gefüllt, umläuteten denn Tausende das Versammlungsgebäude, um sich durch Lautsprecher, den der Arbeiter-Radio-Bund eigenmächtig angelegt hatte, den Führer der Sozialdemokratie zu hören. Obgleich die bisher größte Wahlversammlung in diesem Wahlkampf, war sie die disziplinierteste. Dank starker und unermüdeter Betätigung brauchte sich kein Polizist sehen zu lassen, trotz Anwesenheit zahlreicher Gegner, insbesondere auch der Reichsregierung, wagte keiner mit einem Wuts diese grandiose Kundgebung zu stören. Diese Versammlung war schon der beste Beweis für die Geschlossenheit und Stärke der Partei. Löbe sprach nur eine reichliche Stunde, aber jeder hatte volle Bedeutung, seine Rede war eine energische Rede der Reaktion in ihrer vielfältigen Gestalt, der Schlussfolgerungstrotzer Appell an die Wählerschaft, Höhepunkt der heftigen Fragen an Brüning. Man hätte sich hierbei gern das Reichskabinett als Zuhörer gewünscht und seine Antworten gehört. Nur wenige Fragefälle, aber sie kennzeichneten die Politik der letzten Monate. Stürmischer Beifall wieder und am Schluss der Rede waren Bestätigung der Richtigkeits Ausführungen und Versicherung, nicht nur am 1. September für uns zu stimmen, sondern bis dahin auch für eine erfolgreiche zu werden.

Genosse Eckstein eröffnet die im Zeichen Lassalles stehende Versammlung mit einem kurzen Hinweis auf Ziel und Zweck dieser Wahlen. Dann

ruft Genosse Löbe, stürmisch begrüßt, das Wort. In schwerster Wirtschaftskrise zieht die Sozialdemokratie mit unerschrockenem altem Kampfesgeist in den Wahlkampf. Zu ihren vielen Feinden haben sich manche neue gesellt, die den alten Drachensymbol bekämpfen wollen, da das Wort Sozialismus bereits überhörschred verloren hat. Zahlreich sind die Parteien, die uns aufmarschieren, darum ist eine

Überblick über das Wahlschlachtfeld Staatspartei.

Man, der einstens Parteien überwinden wollte und gegen Sozialdemokratie zu Felde zog, gründet heute mit echt kapitalistischer Geist eine neue Partei. Im Breslauer Wahlkreis muß wenig dem Regierungspräsidenten Jaenicke weichen. Die Wahl ist wichtiger als der Volksstaat. Achtung ist geboten, hier wird drei Schritt nach rechts abmarschiert.

Schlamm steht es bei den Deutschnationalen aus, hier steht die Rechte wie zur Linken einen halben Türlern herunter. Jeder ehemalige deutschnationale schlesische Abgeordnete heute nach einer anderen Richtung, v. Richterhofen ist in Brandenburg eingeschwenkt, Lejeune-Jung ist mit Reichmann bei der Konservativen Volkspartei gelandet, hier mit Mumm im Evangelischen Volksdienst zu finden, der Kampf im Diesseits kämpfen zu wollen, und nur der der einstens dem Jaten die Treue schwor und hielt, Agel über Freitag von Loringhofen, steht noch bei den Nationalsozialisten, die ausgeben, eine Arbeiterpartei

das Hakenkreuz ist heute eine Schutztruppe des Großkapitals.

Wahlkämpfer sind sie die Schildhalter der kapitalistischen Partei und ebenso eng mit dem Land- wie mit dem Bankkapital verbunden. In ihren Versammlungen reden sie gegen die Kopfschmerzen in Thüringen führen sie dieselbe ein, sie sind gegen Erbschaft der Mieten, in Thüringen aber dafür, hier wird die Erbschaft der Steuerlasten von ihnen gefordert, dort von ihnen im Lande drücken sympathisieren sie mit den Kleinrentnern in Thüringen sind sie gegen Staffelung der Grundsteuer. Sie, was ja ausstehendes ist, zur Nacht gelangen, so sie ebenso bereit sein, alle ausländischen Verträge zu erneuern wie es die Regierung auch getan hat. Ein Wort noch den kleineren Parteien. Da ist die Sozialdemokratie mit Herrn v. Rheinbaben, der sich den Namen Witz in dieser Wahlzeit leistete, als er von der SPD. übernahm, sie sei

die Partei der Millionen und der Millionäre, der Mann, der einer Partei angehört, die am schärfsten gegen die Arbeitslosenversicherung, für die Kopfsteuer, gegen die Milderung beim § 218 kämpft.

Da ist ferner die Wirtschaftspartei, die engste Reichstumsinteressen vertritt und aus purem Krämerhaß die Besteuerung der Konsumvereine forderte. Es widerstrebt, sich gegen die Kommunisten in diesem Wahlkampf zu wenden, aber wenn Thälmann im Lande herumreißt und laute Klage führt, daß die SPD. im Reichstage arbeiterfreundliche Anträge abgelehnt habe, so muß hierzu ein Wort gesagt werden. Wenn die SPD. für Beilegung der Unlag-, Bier-, Zucker-, Tabak- und Lohnsteuer und für Erhöhung des Etats des Arbeitsministeriums um gegen 2 1/2 Milliarden ist, zu bedeuten dies

Sich frage Sie, Herr Reichsfinanzminister

Sie haben die Notverordnungen gegen Recht und Verfassung erlassen, um angeblich die Ruhe und Ordnung zu sichern. Glauben Sie, Herr Reichsfinanzminister, daß Ruhe und Ordnung gesichert sind, wenn die Bezüge der Arbeitslosenversicherung gekürzt, die Wartezeiten verlängert, die Unterstützung der Frauen vermindert werden? Glauben Sie, daß es geeignete Maßnahmen für Ruhe und Ordnung sind, wenn man das Kranksein des Arztes unnötig verteuert, die Bezüge der Kriegsbeschädigten beschränkt, Kopfsteuer und Lebzigensteuer einführt, von denen auch Hunderttausende armer Mädchen betroffen werden?

Erst in letzter Zeit beschäftigt man sich mit dem Abbau der hohen Pensionen. Nichts hört man von der Herabsetzung des Mehretats, der unter dem Bürgerblock von 1924 bis 1928 von 450 auf 750 Millionen Mark erhöht und erst nach Eintritt der Sozialdemokratie wieder um 66 Millionen gesenkt wurde. Außer einer Anfrage an den Reichswirtschaftsrat ist nichts für einen Preisabbau und gegen Kartellwucher getan worden; kein Versuch, den Steuerlücklichen nachzustellen und die Handelspolitik günstiger zu gestalten.

Die Notverordnung ist nicht zum Wohle der Armen und Leistungsschwachen, sondern für die Besitzenden geschaffen worden

Es liegt kein Versagen des Reichstags und des Parlamentarismus vor, sondern Brüning hat eine falsche Rechnung, gemacht, als er glaubte, mit der gesamten Rechte gegen die Sozialdemokratie regieren zu können.

Wir fordern vom neuen Reichstag

ein vernünftiges, weitgehendes Pensionsstützungsgesetz. Die Ausgabenentlastung muß der Gröner und nicht bei den Arbeitslosen anfangen. Eine Vereinfachung der Steuererhebung, die keine neue Belastung bringt. Die Hauszinssteuer darf zu keinen anderen staatlichen Zwecken verwendet werden, sondern nur zum Wohnungsbau. Wir werden im Reichstag jedes Programm der Wirtschaftspolitik unterstützen, werden uns aber entschieden gegen jeden Lohnabbau wenden, der nur die Kaufkraft vermindert und dadurch die Wirtschaft zerstört.

Wir versprechen nicht

eine Lösung der Wirtschaftskrise. Das ist keine Partei imstande. Wer das verspricht ist entweder ein Dummkopf oder Betrüger. Die Wirtschaftskrise ist heute eine internationale Krise. Amerika hat 6 Millionen, England über 2 Millionen Arbeitslose; Rußland gibt jährlich gegen 150 Millionen Rubel für Arbeitslosen-Unterstützung aus. In Italien sind die Zahlungseinstellungen im Monatsdurchschnitt vom Jahre 1922 von 231 auf 1241 im Jahre 1929 gekriegen.

Nur Frankreich kennt als Folge seiner besseren Geburtenregelung auch heute keine Arbeitslosennot. Dieser Krieg hat nicht nur einmalig Millionen von Menschen getötet und riesige Werte vernichtet, sondern durch fünfjährige Abschließung der europäischen Wirtschaft die Ursachen zur heutigen europäischen Wirtschaftskrise geschaffen.

Wir wollen also keine falschen Hoffnungen

im Hinblick auf die Lösung der Wirtschaftskrise erwecken, aber eine klare Sozialdemokratie kann durch eine Reihe von Maßnahmen die Not und ganz besonders die Wirtschaftskrise hier im Osten lindern. Im Kampfe gegen den Kapitalismus ist das Proletariat der Welt unbesiegt. Es ist die historische Aufgabe unserer Partei, die Aufgaben der Arbeiterklasse der genannten Arbeiter-

ein Defizit von zirka 6 Milliarden Mark, für das nur geringe Defizit vorhanden ist.

Nun aber das Zentrum, dessen Reichsfinanzminister Brüning uns die Notverordnungen bescherte. Von seiner Seite kommen die widerspruchsvollsten Beschuldigungen gegen unsere Partei. Auf der einen Seite behaupten Brüning und seine Anhänger — in Breslau der christliche Gewerkschaftsführer Kabis —, daß die SPD. aus der Regierung austrat, um sich vor der Verantwortung zu drücken, auf der anderen Seite verraten Sieger, mal d und Trenciranus, daß es die Absicht Brünings und Hindenburgs war, ohne die Sozialdemokratie regieren und die Wirtschaft anturbein zu wollen.

Sieht Genossen, daß der Sieg am 14. September auf unserer Seite ist.

Nach einmal wurde die Versammlung emporgeschrien, als Genosse Eckstein nach dem mit stürmischem Beifall quittierten Ausführungen Löbes mit leidenschaftlichen Worten auf die hohe Aufgabe der Sozialdemokratie hinwies und ein dreifaches Hoch auf die revolutionäre, völkervereinende, internationale Sozialdemokratie ausbrachte, in das die vielen Tausende begeistert einstimmten.

Kranzniederlegung am Grabe Lassalls

Anschließend an die Wahlversammlung formierten sich unsere Genossinnen und Genossen zu einem stätischen Zuge, um am Grabe Lassalles einen Kranz niederzulegen. Am Grabe sprach dann Genosse Paul Löbe. Er erinnert an die Beerdigung im Jahre 1864; kein Anhänger stand am Grabe. Und später mußte man die rote Kranzspähle unter dem Rode verstaubt; nach dem Kirchhof bringen, und auch da wurden sie noch von der Polizei abgehauen und beschlagnahmt. Und später wurde die Lohestrage an der Nr. 100 abgeperrt und der Mann mit der Pfaelhaube zählte 130 Genossen ab, die zum Kirchhof durften. Die alte Fahne, gestiftet im Jahre 1873 von den sozialistischen Frauen, mußte zur Zeit des Sozialistengesetzes geheim ins Ausland gebracht werden und erst nach dessen Fall konnte sie wieder in Breslau entfaltet werden und den Massen voranziehen.

Und wenn man die alten Zeiten mit der heutigen Demonstration vergleicht, so kann man ohne Ueberhebung sagen: Diese Massenpartei, diese Bewegung ist nicht zu überwinden. Und in diesem Sinne grüßen wir unseren toten Vorkämpfer und wollen geloben, das zu verwirklichen, was er uns gelehrt hat. Die Massen demonstrieren dann am Grabe vorbei.

Auf der Schleife des Kranzes steht: Zum Kampf entschlossen, zum Siege bereit, grüßt Dich Ferdinand Lassall. Der Ortsverein Breslau der SPD

Mittelschlesischer Sozialistischer Frauentag

An die Frauenleiterinnen! Wir benötigen für die Einteilung der Quartiere sofort die Quartierlisten. Sie sind sofort im Parteisekretariat, Zimmer 172, abzugeben. Die Wohnungskommission.

Am Dienstag, den 2. September, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 17, eine Sitzung der Verpflegungskommission statt, zwecks Einteilung der Arbeit auf den Bahnhöfen. Auch Genossinnen, die sich noch nicht gemeldet haben, aber mitarbeiten wollen, sind willkommen. Gleichzeitig werden an diesem Abend Essen-Karten zum Preise von 1 Mark ausgegeben. Die Quartiergeber, die ihren Gästen gern ein Mittagbrot gereicht hätten, was aus technischen Gründen aber nicht möglich ist, können eine derartige Karte kaufen und sie ihrem Quartiergast schenken. Dadurch würde auch erreicht werden, daß den Genossinnen aus der Provinz der Frauentag nicht zu teuer kommt.

Ab Mittwoch sind die Essen-Karten bei der Genossin K e u s m a n n, Sternstraße 15, 2. Etage, zu haben.

Frauenleiterinnen!

Rechnet umgehend das Geld für die bereits verkauften Plakette ab! Die uns übergebenen Ordnerbinden sind bedruckt und liegen ab Dienstag, den 2. September zur Abholung im Gewerkschaftshaus, Parteisekretariat, Zimmer 172, von 9—1 und 4—7 Uhr bereit. Ordnerassistent

Bahn frei für die Liste 1

Es sprechen in öffentlichen Wählerversammlungen: Montag, den 1. September, 20 Uhr Dienstag, den 2. September, 20 Uhr

Wahlkandidat, Stadtverordneter und Mitglied des Prov.-Landtages
Fritz Pietsch
im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Stadtverordneter, Rechtsanwalt
Dr. Ernst Eckstein
bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße

Dazu die Aufführungen der Wahlrevue: „Der Bürgerblock am Hakenkreuz“
Vorzugskarten (bei den Distriktsführern zu haben) sind gütlich

Geschäfts-Eröffnung

gewiß gewiß von der Leistung... wenn es ihr in dieser schweren Zeit möglich ist...

Politische Nachrichten Außenpolitische Einheitsfront?

Von Rudolf Breitscheid

Da im Bereich der Außenpolitik die engen Interessen kleiner und kleiner Gruppen und Verbände nicht dieselbe Rolle spielen wie in der inneren Politik, ist es richtig, daß sich auf diesem Gebiet leichter ein Zusammenarbeiten verschiedener einander sonst widerstrebender Parteien bewerkstelligen läßt.

Sicher liefert kein Parteiprogramm positive Antworten auf jede einzelne, das Verhältnis zu anderen Nationen betreffende Frage, in dessen Stehen die allgemeinen Grundzüge für die Behandlung der außenpolitischen Probleme in klarem Zusammenhang mit denen, die für die Gestaltung des eigenen Staatsmens maßgebend sind.

Nun mag man erklären, daß die Zustimmung selbstverständlich sei, da Treviranus der Auffassung weitesther Kreise der Bevölkerung Ausdruck verliehen habe.

Gewiß zeugt der Widerhall, den alle diese Auslassungen bei unseren Nachbarn finden, von der Absicht böswilligen Mißbrauchens.

Was kann denn auf diesem Wege für Deutschland erreicht werden? Die Heigung unserer Partner zum Entgegenkommen und zur Revision bestehender Verträge wird wahrscheinlich nicht verfehlt.

In dem bereits erwähnten staatsparteilichen Manifest wird für die Außenpolitik die Herstellung einer möglichst großen Einheitsfront aller der Kräfte verlangt, welche die wahren Interessen des deutschen Volkes erkennen und vertreten.

Meisterstück im Sirkus Busch

Breslauer Sirkus konnte am Sonnabend im Sirkus-Einleitungskampf gegen Steinkamp ein Unentschieden erzielen.

Breslauer Volkshöhle. Anmeldungen für die vier Theatergruppen der Volkshöhle, die „Konserngemeinde“ und die „Bildgemeinde“ werden noch täglich in der Kasse, Albrechtstraße 32, angenommen.

Telephonischer Herbeiruf von Kleinkraftsdrohnen. Um die Gefahr zu beheben, sei mitgeteilt, daß auch der Kleinkraftsdrohnenverein eine eigene Telephonzentrale...

Im Baden ertrunken. In der Nähe der Villa Jedlitz bei der in der Siebenhufener Straße 72 wohnende alte Arbeiter Paul Stenzel beim Baden in der Oder ertrunken.

Sorget für Pulver! Es ist nötiger denn je! Denkt an den Wahlfonds der S.P.D.

Dabei mögen sich die Grenzen gelegentlich verwischen. Eine bestimmte Situation kann Menschen und Parteien, die von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, vorübergehend zu gemeinsamem Handeln und zur Lösung bestimmter Aufgaben zusammenführen.

Allein die Zweifel werden immer stärker, ob wir unter dem Nachfolger Stresemanns, besonders nachdem er Mitglied des Kabinetts Brüning geworden ist, die bisherige Linie einhalten imstande sein werden.

Zunächst: Ist eigentlich Herr Curtius überhaupt noch Außenminister? Zuweilen fragt man sich, ob einem nicht am Ende die Nachricht von seiner Demission entgangen ist.

Amthlicher Wetterbericht Meteorologische Observatorien Breslau-Krietzern (Standard, aus mit Quecksilber beobachtet)

Table with 2 columns: Date/Time and Temperature/Other readings. Includes values like 1.9.30.8, 1.14, 1.22, etc.

Paul Barnay, der das Werk selbst einstudiert hat, hat es gründlich neu bearbeitet. Der Grundgedanke der Aufführung ist gut, die Ausführung indessen nur zum Teil.

mäßig stark und durchseelt war. Außerlich war er zu jung, ja direkt etwas jugendlich, auch hätte er häßlicher sein müssen. Sein Mienspiel war nicht immer reich und ausdrucksvoll genug.

Brüning hat Angst, Treviranus zur Ordnung zu rufen

Trier, 1. September. (Eigener Funterbericht.) Am Sonntag nahm Reichskanzler Brüning hier in einer öffentlichen Wählerversammlung des Zentrums zu dem Echo der letzten Reden seines Freundes Treviranus Stellung.

Paris, 30. August. (Eigener Drahtbericht.) In der sozialistischen Zeitschrift „Lumiere“ berichtet der sozialistische Abgeordnete Grumbach über seine politischen Eindrücke während seines kürzlichen Aufenthalts in Deutschland.

Neu-Breslau Stabelwitz. Die Kommunisten suchen ihren Ortsgruppenführer. In der „Arbeiterzeitung“ wird dieser aufgefordert, seine Adresse mitzuteilen, da die Briefe unzustellbar zurückkommen.

Landarbeiter,

wer gab euch die politische Gleichberechtigung?

Es muß immer wieder betont werden, daß die Landarbeiter, die politisch nicht organisiert sind, durch die Sozialdemokratie von dem Druck der 43 deutschen Wahlkreise befreit werden. Die Beteiligung der Landarbeiter an den Wahlen ist ein Erfolg, den wir nicht unterschätzen dürfen.

Die Arbeiter auf dem Lande erinnern sich wohl an den Kampf um die politische Gleichberechtigung im Jahre 1854, als die Landarbeiter durch die Einführung der Wahlreform von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen waren.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Landarbeiter, die politisch nicht organisiert sind, durch die Sozialdemokratie von dem Druck der 43 deutschen Wahlkreise befreit werden.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

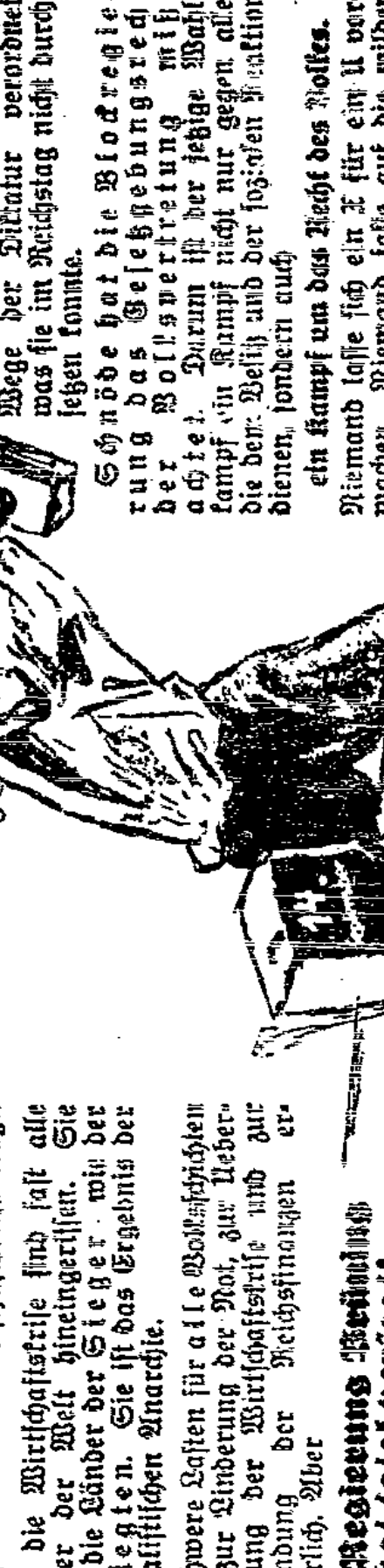
Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.



Wählt uns das Volk!

Die Regierung Drüning hat sogar eine Kopie oder Regenerabe, genannt die die Gewerbetreibenden, auch den Kleinrentner, der von der Lohn...



Die Regierung Drüning hat sogar eine Kopie oder Regenerabe, genannt die die Gewerbetreibenden, auch den Kleinrentner, der von der Lohn...

Die Regierung Drüning hat sogar eine Kopie oder Regenerabe, genannt die die Gewerbetreibenden, auch den Kleinrentner, der von der Lohn...

Wählt Sozialdemokraten!

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Die Sozialdemokratie hat durch den Kampf um die politische Gleichberechtigung die Landarbeiter in die Politik eingeführt.

Wählt Liste 1

